

Weniger Geld durch Rot-Grün

Seit Anfang des Jahres bekommen die Menschen ganz deutlich und schmerzhaft zu spüren, was Rot-Grün für jeden Einzelnen bedeutet: weniger Geld. 81 € jährliche Mehrbelastung für einen Arbeitnehmer, der 1500 € brutto im Monat verdient, tun einfach weh.

Zustande kommt das Loch in der Geldbörse durch drastisch gestiegene Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung. Die zahlreichen Steuererhöhungen sind in dieser Rechnung also noch gar nicht enthalten.

Weitere Beispiele?

Wer 2500 € monatlich mit nach Hause bringt, hat jährlich 135 € weniger. Bei 3500 € sind es gleich 258,24 € – Geld, das die Wirtschaft ankurbeln könnte, wenn es statt für höhere Beiträge für Konsum ausgegeben würde. Doch die Bundesregierung kann nur eines: den Menschen immer mehr Geld aus der Tasche ziehen und so neue Löcher aufreißen, die bald nicht mehr gestopft werden können.

Der Brief aus Berlin ist auch als Email zu erhalten. Wenn Sie in den Verteiler aufgenommen werden möchten, schreiben Sie uns eine Email oder rufen Sie an.



www.uwe-schummer.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

seit vier Monaten vertrete ich nun Ihre Interessen in Berlin als Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Sehr gefreut habe ich mich über den Zuspruch, den ich von vielen Bürgern in persönlichen Gesprächen oder in Briefen und Emails erfahren habe. Auch von der Möglichkeit, meine Arbeit im Internet unter der Adresse www.uwe-schummer.de mitzuverfolgen, haben tausende regen Gebrauch gemacht. Dieser vierteljährliche Info-Brief ist eine weitere Möglichkeit für mich, Ihnen von meiner Tätigkeit zu berichten.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihr
Uwe Schummer MdB

Uwe Schummer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 22 77 34 84
Fax : 030 / 22 77 69 92
Email : uwe.schummer@bundestag.de
Homepage : <http://www.uwe-schummer.de>

Info-Brief aus Berlin



uwe.schummer

Mini-Jobs und Erste Rede



Start im April: Mini-Jobs

Seit Januar 2003 gilt das Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt.

Ab 1. April 2003 treten die Änderungen der Mini-Jobs in Kraft. Hier konnte die CDU ihre Vorschläge durchsetzen.

Es ist der Union zu verdanken, dass

- die ehemaligen 325 Euro-Jobs auf 400€ erhöht worden sind,
- künftig neben einer Haupttätigkeit wieder eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt werden kann,
- der Arbeitnehmer wieder brutto für netto hat,
- Arbeitgeber durch die Pauschalabgabe von 25% von bürokratischen Lasten befreit wurden,
- ein Niedriglohnsektor zwischen 401€ und 800 € geschaffen wurde und
- die Kriminalisierung der Scheinselbständigkeit aufgehoben wurden.

Der Arbeitnehmer kann seinen Rentenversicherungsbeitrag auf die volle Höhe aufstocken, um so auch den vollen Anspruch zu erwerben.

Niedriglohnsektor zwischen 401 und 800 €

Der Arbeitgeber zahlt 21% an Sozialversicherungsbeiträgen.

Der Arbeitnehmeranteil an Sozialversicherungsbeiträgen beginnt bei 4% und steigt bis zu 21%. Normale Einkommensbesteuerung.

Beschäftigung in Privathaushalten bis zu 400 €

Der Arbeitgeber zahlt pauschal 12% an die Bundesknappschaft.

Der Arbeitnehmer zahlt keine Steuern.

Die 15-Stunden-Grenze entfällt. Die gering-

fürige Beschäftigung in Privathaushalten kann mehr als 15-Stunden pro Woche betragen. Nebenjobs sind zugelassen.



Zeichnung: Tomicek

Steuerliche Absetzbarkeit bei Beschäftigungen im Haushalt

Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten

Die steuerliche Absetzbarkeit beträgt maximal 10%, das sind 510 €

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Privathaushalten

Die Beschäftigung wird der Bundesknappschaft gemeldet. Diese veranlasst alles Weitere.

Die steuerliche Absetzbarkeit beträgt 12%, das sind maximal 2400 €

Vermittlung über Dienstleistungsagenturen bei Beschäftigung in Privathaushalten

Wird ein Arbeitnehmer über eine Dienstleistungsagentur vermittelt, beträgt die steuerliche Absetzbarkeit 20%, bis maximal 600 €

Erste Parlamentsrede zu Ganztagschulen

In meiner ersten Parlamentsrede, zum Thema Ganztagschulen, griff ich die Bildungspolitik der Regierung scharf an. Vier Milliarden will die Bundesregierung in 10.000 zusätzliche Ganztagschulen investieren. Vom Bund gibt es aber ausschließlich Geld für Neubau, Ausbau, Renovierung und Ausstattungs-Maßnahmen. Die laufenden Personal- und Betriebskosten bleiben an den Ländern und Kommunen hängen.

Durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zum 1. Januar 2003 auf 30 Prozent holt sich der Bund auf fünf Jahre gesehen zehn Milliarden Euro von den Kommunen, gibt dann vier Milliarden Euro zweckgebunden und mit Kofinanzierung zurück.

„Nachts rauben sie den Kommunen eine Kuh, und am nächsten Morgen bringen sie unter großem Trommelwirbel ein Glas Milch zurück.“

Meiner Meinung nach sollte das Geld dafür verwendet werden, in den bestehenden Schulen Hausaufgabenhilfe, Vereinsangebote, sportliche und kulturelle Freizeitgestaltung anzubieten, damit der Nachmittag für junge Menschen wieder zu einem Lern- und Lebenserlebnis wird – „nicht zentralistisch von oben, sondern bedarfsgerecht durch die Kommunen von unten.“

Zur Finanzierung wäre es besser gewesen, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu Lasten der Kommunen rückgängig zu machen.